

**Ausführungsvorschriften  
über Beurlaubung und Befreiung vom Unterricht  
(AV Schulpflicht)**

Vom 3. Dezember 2008<sup>1</sup>

SenBildWiss I F 1.2

Tel.: 9026 - 5150, intern 926 - 5150

Inhaltsverzeichnis

**I. Beurlaubung, Befreiung, Schulversäumnis und unterrichtsfreie Zeit**

- 1 - Beurlaubung vom Unterricht aus wichtigen Gründen
- 2 - Beurlaubung vom Unterricht aus religiösen Gründen
- 3 - Besondere Beurlaubungsgründe für Berufsschülerinnen und -schüler
- 4 - Antragstellung und Entscheidungsbefugnis bei Beurlaubungsanträgen
- 5 - Befreiung vom Unterricht aus wichtigen Gründen
- 6 - Befreiung vom Sportunterricht
- 7 - Nachträgliche Entschuldigung bei Schulversäumnissen
- 8 - Unterricht bei extremen Wetterlagen

**II. Umfang der Schulpflicht**

- 9 - Umfang der Schulpflicht bei ausländischen Kindern und Jugendlichen
- 10 - Schulpflicht bei Zuziehenden aus anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland mit abweichender Schulpflichtregelung
- 11 - Besondere Regelungen für die Berufsschulpflicht

**III. Schlussvorschriften**

- 12 - Religionsmündige und volljährige Schülerinnen und Schüler
- 13 - Inkrafttreten

Auf Grund des § 128 des Schulgesetzes vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. April 2008 (GVBl. S. 95) wird bestimmt:

**I. Beurlaubung, Befreiung, Schulversäumnis und unterrichtsfreie Zeit**

**1 - Beurlaubung vom Unterricht aus wichtigen Gründen**

(1) Schülerinnen und Schüler können im Einzelfall nur aus einem wichtigen Grund vom Unterricht beurlaubt werden (§ 46 Abs. 5 Satz 1 SchulG). Von einem wichtigen Grund kann insbesondere ausgegangen werden bei

- a) persönlichen Gründen, wie z.B. einem Arztbesuch, der aus darzulegenden Gründen nicht in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden kann,
- b) familiären Gründen, wie Eheschließungen oder Todesfälle im engsten Familienkreis,
- c) Teilnahme an Vorstellungsgesprächen und Berufsberatungen sowie Informations- und Beratungsveranstaltungen der Hochschulen in Vorbereitung auf die nachfolgende Ausbildung,

---

<sup>1</sup> (ABl. S. 2729, 2009 S. 250), zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 3. November 2009

d) Reisen während der Unterrichtszeit, die nach einem schulärztlichen Gutachten dringend erforderlich sind oder für die das Jugendamt dringende soziale Gründe geltend macht und die aus darzulegenden Gründen nicht in der Ferienzeit stattfinden können.

Beurlaubungen unmittelbar vor oder nach den Ferien sollen nicht genehmigt werden, es sei denn, es handelt sich um einen wichtigen und unaufschiebbaren Ausnahmefall. Als ein solcher Ausnahmefall ist der vorzeitige Antritt oder die verspätete Rückkehr von einer Urlaubsreise nicht anzusehen.

Ein wichtiger Grund liegt in der Regel nicht vor, wenn die Beurlaubung zur Mitwirkung an Rundfunk-, Film- oder Fernsehaufnahmen, einschließlich Werbeaufnahmen, oder an ähnlichen Veranstaltungen beantragt wird.<sup>2</sup>

(2) Eine Beurlaubung kann gewährt werden, wenn der angegebene Grund für die Beurlaubung, die Unmöglichkeit einer Terminverschiebung, der Leistungsstand und die Leistungsbereitschaft der Schülerin oder des Schülers sowie die pädagogische Situation der gesamten Klasse oder Lerngruppe dies rechtfertigt.

(3) Für Auslandsaufenthalte mit verpflichtendem Schulbesuch oder entsprechenden Lernverpflichtungen können Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I und der gymnasialen Oberstufe beurlaubt werden, wenn dies insbesondere aufgrund ihres Leistungsstandes pädagogisch vertretbar ist. Auf eventuell entstehende Nachteile nach Rückkehr (z.B. Rechtspflicht zur Wiederholung einer Jahrgangsstufe) sind sie ausdrücklich hinzuweisen.

(4) Beurlaubungen, die einen Zeitraum von vier Wochen überschreiten, sind nur zeitlich begrenzt zulässig und sollen von einem anderweitigen Bildungsangebot für die Schülerin oder den Schüler während der Beurlaubung, etwa durch Privatunterricht, abhängig gemacht werden.

## **2 - Beurlaubung und Befreiung vom Unterricht aus religiösen Gründen**

(1) Schülerinnen und Schüler aller Schularten und Bildungsgänge haben an den Feiertagen ihrer Religionsgemeinschaft unterrichtsfrei. Diese unterrichtsfreien Tage gelten nicht als Fehltage.

(2) Unterrichtsfreie Tage sind für<sup>3</sup>

a) evangelische Schülerinnen und Schüler:

- 31. Oktober (Reformationstag)
- Buß- und Bettag

b) katholische Schülerinnen und Schüler:

- 6. Januar (Fest der Erscheinung des Herrn)
- Fronleichnam (am Donnerstag nach Trinitatis)
- 1. November (Allerheiligen)

c) jüdische Schülerinnen und Schüler:

- |                                 |          |
|---------------------------------|----------|
| - Rosch Haschana (Neujahr)      | - 2 Tage |
| - Jom Kippur (Versöhnungstag)   | - 1 Tag  |
| - Sukkot (Laubhüttenfest)       | - 1 Tag  |
| - Schemini Azeret (Schlussfest) | - 1 Tag  |
| - Pessach (Passahfest)          | - 4 Tage |

<sup>2</sup> Nr. 1 Abs. 1 Satz 5 durch Verwaltungsvorschrift vom 2. Februar 2009

<sup>3</sup> Abs. 2 geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 3. November 2009



### **3 - Besondere Urlaubsgründe für Berufsschülerinnen und Berufsschüler**

(1) Zusätzlich zu den in Ziffer 1 und 2 genannten Möglichkeiten können Berufsschülerinnen und Berufsschüler in der dualen Ausbildung für die Teilnahme an überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen außerhalb Berlins beurlaubt werden, wenn diese Maßnahmen

- a) sich inhaltlich im Rahmen des Berufsbildungsgesetzes beziehungsweise der Handwerksordnung und der jeweiligen Ausbildungsordnung halten und ausschließlich der Ergänzung und Vertiefung der betrieblichen Ausbildung dienen und
- b) nachweislich aus zwingenden Gründen nicht in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden können.

Zur Sicherung eines geordneten Berufsschulunterrichts sind solche Ausbildungsmaßnahmen rechtzeitig mit der Berufsschule abzustimmen; Schülerinnen und Schüler derselben Klasse sollen möglichst gleichzeitig daran teilnehmen.

(2) Berufsschülerinnen und Berufsschüler in der dualen Ausbildung können für die Teilnahme an Bildungsveranstaltungen, die von der für Arbeit zuständigen Senatsverwaltung als förderungswürdig anerkannt worden sind, vom Besuch des Berufsschulunterrichts beurlaubt werden; dabei wird die Förderungswürdigkeit in der Regel nicht mehr überprüft. Sie sollen beurlaubt werden, wenn auf Grund ihres Leistungsstandes und ihres Verhaltens keine Nachteile für ihre schulische Laufbahn zu erwarten sind und der Lernfortschritt der Klasse dadurch nicht beeinträchtigt wird.

(3) Berufsschülerinnen und Berufsschüler in der dualen Ausbildung werden für Betriebs- und Personalversammlungen beurlaubt, wobei auch eine klassenweise Beurlaubung von Jugendlichen desselben Ausbildungsbetriebs in Betracht kommen kann. In Einzelfällen können auch Beurlaubungen für Sitzungen des Betriebs- oder Personalrats und der Jugendvertretung ausgesprochen werden, in besonderen Fällen auch für die Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen nach dem Betriebsverfassungs- oder Personalvertretungsgesetz sowie zur Wahrnehmung eines gewerkschaftlichen Mandats aus Anlass der Teilnahme an Tagungen und Konferenzen der Gewerkschaften; bei der Entscheidung über solche Anträge ist zu berücksichtigen, ob die Schülerin oder der Schüler schon an Bildungsveranstaltungen nach Absatz 2 teilgenommen hat; Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Beurlaubungen nach den Absätzen 1 bis 3 können insgesamt in der Regel nur für bis zu drei Wochen im Schuljahr genehmigt werden. Sie sollen davon abhängig gemacht werden, dass der Stoff des versäumten Unterrichts nachgeholt wird. Vor der Genehmigung ist der Fachausschuss (§ 78 Abs. 3 SchulG) zu hören. Während des Blockunterrichts und im letzten Schulhalbjahr vor der Abschlussprüfung wird eine Beurlaubung nicht genehmigt. In den Fällen des Absatzes 2 kann in Ausnahmefällen im Einvernehmen mit dem Fachausschuss die Beurlaubung einer ganzen Klasse genehmigt werden. Einzelne Schülerinnen und Schüler sollen dabei nur dann nicht mitbeurlaubt werden, wenn ihr Leistungsstand und Verhalten dies in keinem Fall zulassen und ihre individuelle Förderung während der Beurlaubung ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler möglich ist. Im übrigen richtet sich das Genehmigungsverfahren nach Ziffer 4.

### **4 - Antragstellung und Entscheidungsbefugnis bei Beurlaubungsanträgen**

(1) Der Beurlaubungsantrag ist schriftlich und unter Angabe der Gründe von den Erziehungsberechtigten rechtzeitig vorher bei der Schule zu stellen. Handelt es sich um Berufsschülerinnen und Berufsschüler in der dualen Berufsausbildung, so kann der Antrag auch von dem Ausbildungsbetrieb gestellt werden. Stellen die Erziehungsberechtigten den An-

trag, so ist die Zustimmung des Ausbildungsbetriebes, stellt der Ausbildungsbetrieb den Antrag, so ist die Zustimmung der Erziehungsberechtigten erforderlich.

(2) Für Entscheidungen über Beurlaubungen bis zu drei Unterrichtstagen - bei Berufsschülerinnen und Berufsschülern in der dualen Berufsausbildung nicht über die Zahl der wöchentlichen Berufsschultage hinaus - ist die klassenleitende Lehrkraft, in Gesamtschulen die Kerngruppenleiterin oder der Kerngruppenleiter, in der gymnasialen Oberstufe die Oberstufentutorin oder der Oberstufentutor zuständig. Über Beurlaubungen ab vier Unterrichtstagen, über Beurlaubungen nach Ziffer 1 Abs. 3 und über Beurlaubungen für die Zeit vor Beginn oder nach Ende der Ferien entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter nach Stellungnahme der klassenleitenden Lehrkraft, in Gesamtschulen der Kerngruppenleiterin oder des Kerngruppenleiters, in der gymnasialen Oberstufe der Oberstufentutorin oder des Oberstufentutors. Bei Beurlaubungen für ein ganzes Schuljahr informiert die Schulleiterin oder der Schulleiter die zuständige Schulbehörde über die Beurlaubung.

## **5 - Befreiung vom Unterricht aus wichtigen Gründen**

(1) Schülerinnen und Schüler können auf vorherigen schriftlichen Antrag ihrer Erziehungsberechtigten von der Teilnahme am Unterricht oder an sonstigen verbindlichen Veranstaltungen der Schule nur befreit werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt ( § 46 Abs. 5 Satz 1 SchulG). Ziffer 1 Abs.1 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Ein religiöses oder weltanschauliches Bekenntnis allein ist kein wichtiger Grund, der eine Befreiung rechtfertigt.

(3) Über Anträge auf Befreiung im Sinne des Absatzes 1 entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter.

## **6 - Befreiung vom Schwimm- und Sportunterricht**

(1) Schülerinnen und Schüler können aus zwingenden gesundheitlichen Gründen oder bei einer Behinderung ganz oder teilweise von der Teilnahme am Schwimm- und Sportunterricht befreit werden. Vorrangig sollen Schülerinnen und Schüler mit einer Behinderung in den Sportunterricht einbezogen werden.

(2) Die Befreiung muss von den Erziehungsberechtigten schriftlich beantragt und begründet werden; ein ärztliches Attest ist beizufügen. Auf das Attest kann bei vorübergehenden oder offenkundigen Behinderungen verzichtet werden.

(3) Für Befreiungen von bis zu vier Wochen ist die den Sportunterricht erteilende Lehrkraft zuständig. Wird die Befreiung für einen längeren Zeitraum beantragt, entscheidet über Art und Umfang der Befreiung die Schulleiterin oder der Schulleiter auf der Grundlage eines unverzüglich anzufordernden sportärztlichen oder schulärztlichen Gutachtens. Eines solchen Gutachtens bedarf es nicht, wenn die Art der Behinderung offenkundig ist. Die Entscheidung wird der Schülerin oder dem Schüler oder deren bzw. dessen Erziehungsberechtigten schriftlich mitgeteilt.

(4) Die Befreiung soll höchstens für ein halbes Jahr ausgesprochen werden, es sei denn, die Art der Erkrankung oder Behinderung lässt die Teilnahme am Sportunterricht innerhalb eines längeren Zeitraumes mit Sicherheit nicht zu.

(5) Vom Sportunterricht befreite Schülerinnen und Schüler sind grundsätzlich zur Teilnahme an theoretischen Unterweisungen verpflichtet. Zu organisatorischen Aufgaben, zu anderen Hilfsdiensten sowie zur Ausübung von Schiedsrichterfunktionen können auch diese Schüle-

rinnen und Schüler herangezogen werden, wenn die Art der Erkrankung oder Behinderung dies zulässt.

## **7 - Nachträgliche Entschuldigungen bei Schulversäumnissen**

(1) Kann die Schülerin oder der Schüler wegen Krankheit oder sonstiger unvorhergesehener wichtiger Gründe nicht am Unterricht teilnehmen, so sind die Erziehungsberechtigten verpflichtet, die in Ziffer 4 Abs. 2 Satz 1 genannten Personen davon am ersten Tag des Fernbleibens mündlich und spätestens am dritten Tag auch schriftlich in Kenntnis zu setzen.

(2) Bei der Rückkehr in die Schule hat die Schülerin oder der Schüler eine Erklärung vorzulegen, aus der sich die Dauer ihres oder seines Fernbleibens sowie der Grund dafür (z.B. Krankheit) ergibt.

(3) Bei Schulversäumnissen von Berufsschülerinnen oder Berufsschülern in der dualen Berufsausbildung sowie Schülerinnen und Schülern von Fachoberschulen mit Teilzeitunterricht oder begleitendem Praktikum genügt es, wenn die klassen- oder lerngruppenleitende Lehrkraft bis zum nächsten Schultag benachrichtigt wird. Bei einem längeren Schulversäumnis von Berufsschülerinnen oder Berufsschülern in der dualen Berufsausbildung wegen Krankheit ist der klassen- oder kerngruppenleitenden Lehrkraft spätestens am sechsten Tag nach dem ersten Tag des Fehlens eine Bescheinigung des Ausbildungsbetriebs vorzulegen. Aus dieser Bescheinigung muss zu ersehen sein, dass eine Ärztin oder ein Arzt die Schülerin oder den Schüler für schulbesuchsunfähig erklärt hat.

(4) Wird das Fernbleiben von der Schule mit Krankheit begründet, so kann die Schule vom Gesundheitsamt eine Stellungnahme darüber einholen, ob der Krankheitszustand der Schülerin oder des Schülers ein Fernbleiben von der Schule rechtfertigt; dies gilt nicht, wenn ein entsprechendes ärztliches Attest vorliegt.

(5) Hat die Schule begründete Zweifel an einem vorgelegten ärztlichen Attest, so informiert sie die Schulbehörde, die vom Gesundheitsamt eine Stellungnahme darüber einholen kann, ob der Krankheitszustand der Schülerin oder des Schülers ein Fernbleiben von der Schule rechtfertigt.

(6) Wird ein Schulversäumnis nicht innerhalb der in Absatz 1 genannten Fristen mitgeteilt und wird auch nachträglich keine Erklärung nach Absatz 2 oder ein Attest nach Absatz 4 vorgelegt, so gilt das Fehlen als unentschuldigt. Bleibt eine Schülerin oder ein Schüler an mehr als drei aufeinanderfolgenden Schultagen unentschuldigt dem Unterricht fern, so soll mit den Erziehungsberechtigten Kontakt aufgenommen werden. Bleibt eine Schülerin oder ein Schüler an mehr als zehn aufeinanderfolgenden Schultagen unentschuldigt dem Unterricht fern, so soll darüber hinaus Kontakt mit dem bezirklichen Jugendamt und der Schulaufsicht aufgenommen werden. Ferner kann der sozialpädagogische Dienst, das schulpsychologische Beratungszentrum oder die Clearingstelle verständigt werden. Im Fall des Satzes 3 ist dem zuständigen Schulamt eine Schulversäumnisanzeige zu übersenden.

## **8 - Unterricht bei extremen Wetterlagen**

(1) Bei extremen Wetterlagen soll der Unterricht in einer Art und Weise durchgeführt werden, der den Witterungsverhältnissen angepasst ist. Ist dies aufgrund der konkreten Situation des Einzelfalls nicht möglich, kann er auch ausfallen. Allerdings sind die Schülerinnen und Schüler im Rahmen der verlässlichen Halbtagsgrundschule und des offenen Ganztagsbetriebs sowie in der gebundenen Ganztagsgrundschule während der Unterrichtsausfallzeiten durch Lehrkräfte sowie pädagogische und sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu betreuen. Auf die Ausführungsvorschriften über die Wahrnehmung der Auf-

sichtspflicht im schulischen Bereich und die Verkehrssicherungspflicht sowie die Haftung (AV Aufsicht) vom 25. April 2006 wird verwiesen. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht für die gymnasiale Oberstufe, die beruflichen Schulen und die Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges.

(2) Der obligatorische Schwimmunterricht in der Grundschule findet auch in den Fällen einer Hitzewelle nach Absatz 1 statt. Ansonsten soll Schwimmunterricht nur ausfallen, wenn er nicht im Anschluss an den noch durchgeführten Unterricht erteilt werden kann.

(3) Soweit in den Schulen ein Mittagessen angeboten wird, muss dieses eingenommen werden können.

(4) Die Entscheidungen nach Absatz 1 und 2 obliegen der Schulleiterin oder dem Schulleiter.

## **II. Umfang der Schulpflicht**

### **9 - Umfang der Schulpflicht bei ausländischen Kindern und Jugendlichen**

(1) Ausländische Kinder und Jugendliche, die einen erforderlichen Aufenthaltstitel oder eine Aufenthaltsgestattung nicht oder nicht mehr besitzen, unterliegen nicht der Schulpflicht. Gleiches gilt, wenn völkerrechtliche Bestimmungen oder zwischenstaatliche Vereinbarungen der Schulpflicht entgegenstehen. In den Fällen des Satzes 1 und 2 können die Kinder und Jugendliche jedoch die Schulen des Landes Berlin freiwillig und unter den gleichen Bedingungen wie schulpflichtige Kinder besuchen.

(2) Wer nach Abschluss des neunten Schulbesuchsjahres aus dem Ausland nach Berlin zuzieht, wird auf Antrag von der allgemeinen Schulpflicht befreit, wenn er in seinem Herkunftsland bereits in einem Berufsausbildungs- oder Arbeitsverhältnis stand.

### **10 - Schulpflicht für Zuziehende aus anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland mit anderer Schulpflichtregelung**

Wer nach Abschluss des neunten Schulbesuchsjahres aus einem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland ohne obligatorisches zehntes Vollzeitschuljahr nach Berlin zuzieht, wird auf Antrag von der allgemeinen Schulpflicht befreit, wenn er in seinem Herkunftsland bereits in einem Berufsausbildungs- oder Arbeitsverhältnis stand und dieses in Berlin fortsetzt; wer erst ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis eingehen will und gerade deswegen nach Berlin zugezogen ist, wird von der allgemeinen Schulpflicht befreit, wenn er einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz vorweisen kann. Die Pflicht der oder des Auszubildenden zum Besuch der Berufsschule nach § 43 SchulG bleibt unberührt.

### **11 - Besondere Regelungen für die Berufsschulpflicht**

Als Berufsausbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes ist weder der Erwerb spezieller Fertigkeiten im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses, der eine vollwertige Arbeitsleistung erst ermöglichen soll, noch die Tätigkeit der Praktikanten und Volontäre anzusehen. Eine Berufsschulpflicht nach § 43 Abs. 1 des Schulgesetzes wird dadurch nicht begründet. Maßnahmen zur Einstiegsqualifizierung nach § 235 b SGB III sind keine Praktika im Sinne des Satzes 1; für diese Maßnahmen gilt Berufsschulpflicht.

### **III. Schlussvorschriften**

#### **12 - Religionsmündige und volljährige Schülerinnen und Schüler**

(1) Mit der Vollendung des 14. Lebensjahres können Schülerinnen und Schüler die in Ziffer 2 genannten Verfahrenshandlungen selbst vornehmen.

(2) Volljährige Schülerinnen und Schülern nehmen alle in dieser Ausführungsvorschrift genannten Verfahrenshandlungen selbst vor.

#### **13 - Inkrafttreten**

(1) Diese Verwaltungsvorschriften treten am 1. Januar 2009 in Kraft. Sie treten mit Ablauf des 31. Dezember 2013 außer Kraft.

(2) Durch sie werden folgende Vorschriften ersetzt:

- a) Ausführungsvorschriften über Unterrichtszeiten, Befreiung von der Schulpflicht und Beurlaubung vom Besuch des Unterrichts (AV Schulpflicht) vom 2. Juni 1993 (ABl. S. 2122, DBI. III S. 274),
- b) Rundschreiben VI Nr. 3 / 1996 vom 11.01.1996 betreffend Beurlaubung von evangelischen und katholischen Schülern aus religiösen Gründen,
- c) Schul-Rundschreiben II Nr. 59/2005 vom 14. Juni 2005 zur Befreiung vom Unterricht aus religiösen und weltanschaulichen Gründen
- d) Schul-Rundschreiben I Nr. 45/2006 vom 28. Juli 2006 zu Anträgen auf Befreiung vom Ethikunterricht.